

Pressemitteilung:

Die Gewalt in Nicaragua muss beendet werden

Solidaritätsgruppen mit Nicaragua fordern:

- Ende der Gewalt in Nicaragua
- Rückkehr an den Verhandlungstisch
- Freiheit für die politischen Gefangenen

Das fordern etwa 90 Teilnehmer*innen aus 35 Solidaritätsgruppen und Städtepartnerschaften von Freiburg bis Hamburg, nach einem Vernetzungstreffen in Wuppertal.

Auf Einladung des Informationsbüro Nicaragua informierten sich die Teilnehmer*innen über die aktuelle Lage in Nicaragua und diskutierten über Aktionen, die zu einer friedlichen Lösung des Konfliktes in Nicaragua beitragen können, wie Briefe an Abgeordnete, Treffen der Städtepartnerschaften mit nicaraguanischen Städten, Aktionen zum Tag der Menschenrechte am 10. Dezember.

Zwei nicaraguanische Studentinnen aus Managua und Leon und zwei Frauen aus ländlichen Gebieten berichteten über die gewalttätige Unterdrückung von Protesten durch Polizei und Paramilitärs der Regierung Daniel Ortega und Rosario Murillo.

Mit großer Sorge sehen die Teilnehmer*innen des Treffens die Eskalation der Gewalt und fordern eine friedliche Lösung für Nicaragua. Angesichts der beispiellosen Brutalität mit über 500 Toten, 1000 verschwundenen und verschleppten insbesondere Jugendlichen Protestierenden, 2000 Verletzten, 30.000 Flüchtlingen in Costa Rica unterstützen die Teilnehmer*innen der Konferenz die Forderungen des breiten Oppositionsbündnis „Unidad nacional azul y blanco“ (nationale Einheit blau-weiß) nach einem sofortigen Ende der Repression durch die Regierung Ortega-Murillo und die umgehende Entwaffnung der Paramilitärischen Kräfte, die außerhalb jeder rechtsstaatlichen Ordnung massive Menschenrechtsverletzungen im Namen und Auftrag der Regierung begehen. Die Gesetze und die rechtsstaatliche Ordnung muss wieder hergestellt und die über 500 politischen Gefangenen zügig freigelassen werden. Der Frieden im Land kann nur über die Suche nach einer politischen Lösung und einem ernsthaften Dialog zwischen der Regierung und dem Oppositionsbündnis aus über 40 verschiedenen Gruppen aller Bereiche der Zivilgesellschaft hergestellt werden, so die Teilnehmer*innen die ein Stopp der Gewalt von allen Seiten fordern. In den vergangenen Monaten waren auch einzelne Morde und Übergriffe auf Regierungsanhänger und Polizisten bekannt geworden.

Bereits im September hatten sich die Solidaritätsgruppen in Frankfurt getroffen und eine gemeinsame Plattform verabschiedet:

<http://www.infobuero-nicaragua.org/fuer-ein-freies-und-sozial-gerechtes-nicaragua-erklaerung-aus-der-deutschen-solidaritaetsbewegung-september-2018/>

Wuppertal, 21.10.2018

Für Rückfragen: Klaus Hess (Vorstand Informationsbüro Nicaragua e.V., Wuppertal):

e-mail: Klaus.Hess@wtal.de, Tel: 0202-505322, Mobil: 0170-3630944